

12 ▶ Dezember 2002

europarot

Infoblatt der
Delegation der PDS
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



Vorname Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarisation EUROPÄISCHES PARLAMENT



Halbzeit im Europäischen Verfassungskonvent

Anhänger der
Europa-Bewegung
1951 an der
deutsch-französischen
Grenze

Seit Februar arbeitet der Europäische Konvent in Brüssel an einem Verfassungsvertrag für die EU. Vorgesehen ist, dass er Mitte nächsten Jahres zum Abschluss kommt und seine Arbeitsergebnisse dem Rat der Staats- und Regierungschefs im Juni 2003 in Thessaloniki zur Bestätigung vorlegt.

Im Mittelpunkt der ersten Konventsphase standen Debatten über die grundsätzlichen Aufgaben der Union. Es wurden zehn Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Themenstellungen gebildet, die ihre Ergebnisse bis Ende des Jahres dem Konventsplenium unterbreiten sollen. Daneben wurden Vertreter der Zivilgesellschaft sowie von europäischen Jugendorganisationen in die Arbeiten des Konvents einbezogen.

Die Suche nach einem Konsens im Konvent ist außerordentlich schwierig, vertreten doch die einzelnen Konventsmitglieder die sehr verschiedenen, teils konträren eu-

ropolitischen Positionen ihrer Parteien bzw. Regierungen. Immerhin zeichnet sich eine deutliche Mehrheit dahingehend ab, die EU-Grundrechtecharta in den Verfassungsvertrag aufzunehmen und die darin verankerten Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der EU individuell einklagbar zu machen. Der längst überfällige Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention wird ebenfalls mehrheitlich unterstützt. Viele Konventsmitglieder wollen mehr Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, um die EU im Zuge der Erweiterung handlungsfähig zu machen. Der Rat soll nicht mehr geheim tagen, damit die Bürgerinnen und Bürger erkennen können, wer für welche Entscheidungen verantwortlich ist. Nach dieser Maßgabe sollen auch die Gesetzgebungsverfahren vereinfacht werden. Es zeichnet sich allerdings ebenso ein Ausbau der Ge-

Fortsetzung Seite 2

Sturmgepäck für den Konvent

Normalerweise mahlen die Mühlen der EU recht langsam; doch die Drehzahl beschleunigt sich enorm, wenn sich zwei Schwergewichte zusammenspannen: Der deutsche Außenminister Fischer und sein französischer Amtskollege de Villepin wollen den Konvent dazu nutzen, um in der künftigen Verfassung das zu verankern, was längst auf die Schiene gebracht worden ist: die Erweiterung der EU zur „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“.

Der deutsch-französische Vorschlag zielt darauf ab, das Prinzip der „verstärkten Zusammenarbeit“ auch auf den Militär- und Rüstungsbereich auszudehnen. Dahinter verbirgt sich nichts anderes, als dass sich Staaten mit militärischen Ambitionen und einer starken Rüstungsindustrie freie Hand verschaffen wollen. Zudem – ein zweiter, aber deutlich schwächer akzentuierter Vorschlag – soll die EU befähigt werden, künftig „die Sicherheit ihres Gebietes und ihrer Bevölkerung zu gewährleisten“. Nicht nur ist völlig ungeklärt, wie dies mit den bisherigen Aufgaben der NATO zusammengehen soll – auch zur parlamentarischen Kontrolle der geforderten „multinationalen Streitkräfte“ schweigen sich Fischer/Villepin vornehm aus. Und die Begründung, dass Europa nur durch die militärische Komponente „voll handlungsfähig“ werde, ist hanebüchen: Statt mit Sturmgepäck in den Konvent zu marschieren, sollte sich die rot-grüne Bundesregierung endlich für eine Sozial- und Beschäftigungsunion engagieren.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist im Auftrag der Fraktion GUE/NGL im Konvent tätig

„Wollen die uns überhaupt . . .?“

Eindrücke von der internationalen Konferenz „Die EU im Alltag ihrer Bürger“ in Zittau

Von Gerd Prokot

Die EU als Institution mag für die meisten unverständlich sein – ihre Wirkungen im und auf den Alltag der Bürgerinnen und Bürger sind es hingegen sehr wohl. Vom Aufdrehen des Wasserhahnes am Morgen über das Häuselbauen tagsüber bis zu den Salzmandeln beim Fernsehen – das alles und noch viel mehr ist „von Brüssel“ vorgegeben worden. Deshalb war es naheliegend, dass die PDS-Europaabgeordneten Hans Modrow und Helmuth Markov ein Projekt initiierten, das sich theoretisch und praktisch mit den Wirkungen und Gegenwirkungen der EU im Alltag ihrer Bürger beschäftigt. Die theoretischen Erkenntnisse werden in eine wissenschaftliche Studie einfließen, praktische Erfahrungen wurden auf einer Konferenz in Zittau ausgetauscht.

Die im Dreiländereck gelegene Stadt hat in den letzten Jahren auf kommunalem und anderen Gebieten stabile grenzüberschreitende Beziehungen aufgebaut, und so war es folgerichtig, dass sich Abgeordnete und Vertreter von Verbänden aus Po-

len und Tschechien an dem Gedankenaustausch beteiligten. In seinen einleitenden Bemerkungen unterzog Hans Modrow die Arbeit des Verfassungskonventes für die Zukunft Europas einer kritischen Wertung. Die sich abzeichnende Verfassung sei nicht geeignet, den Legitimitätsverlust der EU entgegenzusteuern, betonte Modrow. Wie der gesamte Prozess der EU-Erweiterung kranke sie daran, dass über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg entschieden werde. Statt den Alltag der Bürger immer mehr kleinlich zu reglementieren, müssten solche Werte wie soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Chancengleichheit in den Mittelpunkt gerückt werden.

Dr. Zbigniew Kulak, Senator im polnischen Sejm, betonte, dass die Mehrheit seiner Landsleute den Beitritt zur EU bejahe, doch wolle Polen als vollwertiges Mitglied und nicht als Staat 2. Klasse in die Union aufgenommen werden. Angesichts der diskriminierenden Bestimmungen auf dem Agrarsektor und der Freizügigkeit von Arbeitnehmern fragten sich viele Menschen: „Wollen die uns überhaupt?“ Der Senator warb für ein verschlanktes Europa, ein Europa der Regionen, das sich nicht auf die

Mitglieder der EU reduziert, sondern die Hand zu den östlichen Nachbarn Russland, Belarus und Ukraine ausstreckt.

Prof. Miloslav Ransdorf, Mitglied des tschechischen Parlaments und Vizevorsitzender der KP Böhmen und Mähren, hielt ein Plädoyer für demokratische Selbstverwaltung an Stelle der Bevormundung von oben. Gerade für linke Politik sei es wichtig, die Strukturen und die politischen, sozialen, psychologischen Aspekte des Alltags zu analysieren und daraus praktische Schlussfolgerungen zu ziehen. Jede Idee, die von den Interessen der Bürgerinnen und Bürger getrennt werde, erleide Schiffbruch, betonte Ransdorf. Das gelte auch für die europäische Integration, wenn sie nicht im Alltagsleben verwurzelt sei.

In der angeregten Diskussion berichteten Sprecherinnen des deutsch-polnischen Frauenprojektes „Femina“ in Görlitz/Zgorzelec, Lehrer an Schulen mit deutschem und tschechischem Unterricht von ihren Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, benannten aber zugleich die bürokratischen Hemmnisse, die einer Vertiefung der Integration entgegen stehen. ■

Fortsetzung von Seite 1

Halbzeit im Europäischen Verfassungskonvent

meinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ab, was die Militarisierung der Europäischen Union beschleunigen dürfte. Diese Bestrebungen, das habe ich in den Beratungen der Arbeitsgruppe „Verteidigung“ kritisch zum Ausdruck gebracht, laufen dem bisher weitgehend zivilen Charakter der europäischen Integration zuwider.

Ende Oktober legte Konventspräsident Giscard d'Estaing einen ersten Vorentwurf für den Verfassungsvertrag vor. Neben Zustimmung rief das Papier auch heftige Kritik im Konvent hervor: So sucht man in dem Entwurf vergeblich die bislang in Artikel 2 des EG-Vertrages verankerten Ziele Gleichstellung von Mann und Frau, Hebung von Lebenshaltung und Lebensqualität, Verbesserung der Umwelt, nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Völlig inakzeptabel ist zudem, dass dem Entwurf zufolge das Diskriminierungsverbot nur noch gegenüber Unionsbürgerinnen und –bürgern und nicht mehr, wie bisher, gegenüber jedermann gelten soll.

Im Sommer wurde das Bemühen des Konventspräsidiums erkennbar, die soziale Dimension der EU aus den Arbeiten des Konvents auszuklammern. Dies, obwohl Umfragen zufolge die Mehrzahl der Menschen in Europa gerade auf diesem Gebiet zukunftsweisende Lösungsvorschläge erwartet. Daher initiierten drei Konventsmitglieder – die belgische Sozialistin Anne van Lancker, der österreichische Grüne Johannes Voggenhuber und ich – einen Antrag, das „Soziale Europa“ auf die Tagesordnung des Konvents zu setzen und eine eigene Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzurichten.

Wir wiesen darauf hin, dass der Konvent seinen Auftrag verfehlen würde, wenn er sich ausschließlich mit institutionellen Fragen befasst und nicht die drängendsten gesellschaftspolitischen Probleme in der EU aufgreift. Aufgrund der breiten Unterstützung durch namhafte Konventsmitglieder und Europaabgeordnete sowie durch Gewerkschafter und zahlreiche europäische Organisationen und Verbände

wurde unserem Antrag Anfang November schließlich stattgegeben, was als ein erster, wichtiger Erfolg gewertet werden kann.

Im Kern geht es uns darum, das europäische Sozialmodell unter Beachtung der unterschiedlich ausgeprägten Sozialstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu bewahren und weiter zu entwickeln. Die Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion ergänzt und korrigiert werden. Das im deutschen Grundgesetz ebenso wie in anderen Verfassungen enthaltene Sozialstaatsprinzip gehört neben dem Ziel der Vollbeschäftigung in die künftige EU-Verfassung. Es wäre ein Durchbruch in der europäischen Politik, wenn auch diese Ziele endlich gleichberechtigten Verfassungsrang erhielten. ■

Informationen, Stellungnahmen und Beiträge von Sylvia-Yvonne Kaufmann zu den laufenden Arbeiten des Konvents sind im Internet unter www.sylvia-yvonnekaufmann.de/konvent.html abrufbar.

Konvoi des Todes

Von André Brie, MdEP

Im Juni 2002 stellte der britische Dokumentarfilmer Jamie Doran einen Film „Konvoi des Todes“ vor, der erschütternde Bilder und Zeugenaussagen über die Ermordung von tausenden gefangenen Taliban-Kämpfern im Herrschaftsbereich des tadschikischen Warlords Dostum und unter Beteiligung US-amerikanischer Soldaten zeigte. Doran schlug eine Bresche in die Mauer des Schweigens, mit der die USA und ihre Verbündeten den Krieg in Afghanistan umgeben wollen. Große Fernsehstationen aus vielen Ländern, darunter die ARD, und fast alle großen Zeitungen kamen nicht umhin, prominent über den Film zu berichten. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hieß es beispielsweise: „Den Angaben zufolge wurden die Männer nach der Kapitulation der Stadt Kundus zunächst in Container gepfercht in ein Gefängnis im Norden des Landes gebracht. Dort hätten amerikanische Offiziere angeordnet, die Gefangenen 'loszuwerden'. Die Taliban seien anschließend in den Containern – die jeweils mit bis zu 300 Gefangenen besetzt gewesen seien – mit Lastwagen in eine Wüste gefahren worden. Viele Gefangene seien bereits in den metallenen Behältern erstickt; die übrigen seien in der Wüste erschossen und in einem Massengrab beerdigt worden, berichtete einer der Fahrer. Dabei hätten über 30 amerikanische Soldaten zugehört.“

Wer den Film gesehen hat, wird anders als die FAZ auf den Konjunktiv verzichten. Einer der Zeugen erzählt: „Ich habe gesehen, wie ein amerikanischer Soldat einem Gefangenen das Genick gebrochen hat“, ein anderer belastet sich selbst mit der Aussage, Löcher in Container geschossen zu haben, obwohl sie voller Gefangener waren. Einige seien dabei getötet worden. Alle im Film auftretenden Augenzeugen, Lastwagen- und Taxifahrer, Soldaten der Nordallianz, waren und sind bereit, ihre Aussagen vor unabhängigen Gerichten zu wiederholen. Die Massengräber sind im Film zu sehen. Ihre Existenz ist inzwischen auch durch Untersuchungen der amerikanischen Organisation Ärzte für Menschenrechte bestätigt worden. Eine von der UNO vorgenommene Exhumierung von

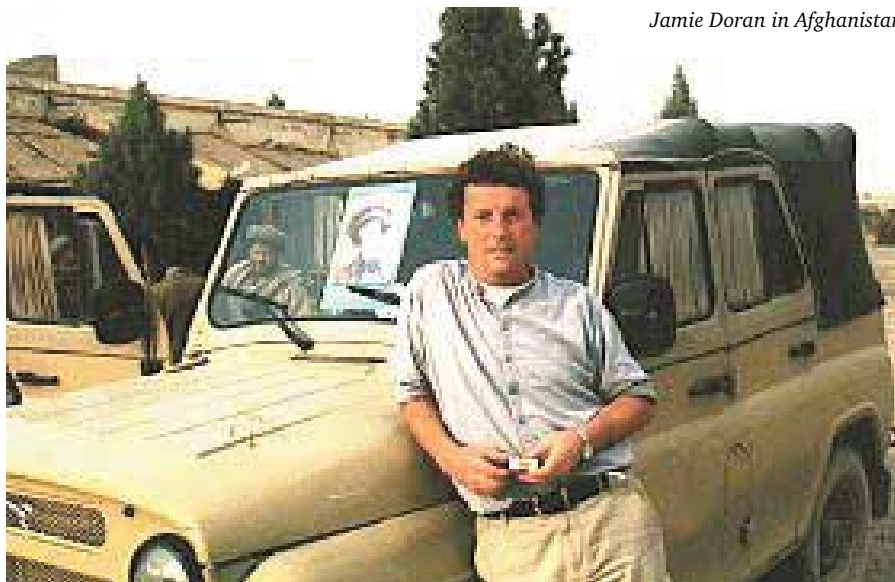
15 Toten ergab, dass mindestens drei von ihnen erstickt waren. Die UNO war jedoch weder bereit, eine Erklärung zu ihren Untersuchungsergebnissen abzugeben, noch in der Lage, eine umfassende Aufklärung durchzuführen.

Die Lage in Afghanistan ist nach wie vor desolat. Das ohne Zweifel reaktionäre Regime der Taliban ist gestürzt, aber der von den USA durchgesetzte Präsident Karsai ist nicht mehr als der Bürgermeister von Kabul. Ansonsten herrschen die lokalen Kriegsherren, oft genug mit Mord, Terror und mit allgegenwärtiger Korruption, die auch einen Großteil der internationalen Finanzhilfen verschlingt. Die Situation von Frauen (die – anders als das Schicksal der Buddhastatuen – den Westen bis zum 11. September nicht interessiert hatte) hat sich in Kabul verbessert, aber die Menschenrechte werden in Afghanistan auch heute oft mit Füßen getreten. Sich selbst und die eigenen Streitkräfte nehmen die USA ohnehin von den Bindungen an internationales Recht aus. Das State Department (das US-amerikanische Außenministerium) wies alle Forderungen nach einer Untersuchung der Ereignisse zurück, unter anderem mit dem „überzeugenden“ Hinweis, Jamie Doran sei vom SED-Nachfolger PDS und mir unterstützt worden (die linke Fraktion im Europäischen Parlament hat lediglich die Veröffentlichung gefördert). Es ehrt meiner Meinung nach die PDS und vor allem ihr konkretes Anti-Kriegsengagement jedoch, Gegenstand offizieller Washingtoner Verlautbarungen geworden zu sein. Im Norden, wo die Massaker verübt worden waren, herrscht unumschränkt der enge Verbündete der USA Dostum. Offensichtlich hauptverantwortlich für den Massenmord, lässt er eine unabhängige Untersuchung nicht zu. Zwei

der Zeugen in Dorans Film sind in den letzten Wochen ermordet worden, andere werden gefangen gehalten und gefoltert. Ihr Leben ist akut gefährdet. Unsere Versuche, im Europäischen Parlament breiten Druck zu entwickeln, insbesondere um die Zeugen zu schützen und die Beseitigung der Massengräber zu verhindern, hat bisher leider keinen ausreichenden Erfolg gehabt, obwohl sie von einigen sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten (leider nicht aus Deutschland) unterstützt wurde.

Sicherlich ist es notwendig, mit Aussagen zu den konkreten Verantwortlichkeiten und dem Ausmaß US-amerikanischer Verstrickung zurückhaltend zu sein. Umso wichtiger bleibt die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung. Jamie Doran hat inzwischen weitere Aufnahmen in Afghanistan gemacht. Der international bekannte Menschenrechtsanwalt Andy McEntee hat ihn dabei begleitet und die Massengräber inspiziert. Die Beweiskraft des Filmes ist noch größer geworden. Es liegt jetzt eine neue, wesentlich erweiterte Fassung vor. Selbst Richard Pearle, einer der Hardliner aus der Bush-Administration, meinte in einem Interview, das Doran mit ihm führte und das den Film nunmehr ergänzt, dass die USA ein Interesse an lückenloser Aufklärung haben müssten. Doch ohne wirkungsvollen Widerstand gegen den amerikanischen Kriegskurs und die Missachtung der Menschenrechte durch die US-Administration wird sich nichts tun. Die PDS im Europäischen Parlament wird zu ihm beitragen, nicht nur verbal, sondern mit sehr praktischer, sehr konkreter Politik. Insbesondere werden wir das Schweigen der Bundesregierung zu den Verbrechen in Nordafghanistan nicht akzeptieren. ■

Jamie Doran in Afghanistan



Der Brüsseler Agrarkompromiss

Der Brüsseler Gipfel der 15 Staats- und Regierungschefs der EU vom 24. und 25. Oktober hat den Streit um die EU-Agrarbeihilfen beigelegt und wichtige Entscheidungen zur künftigen Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) getroffen. Europarot sprach darüber mit Christel Fiebiger, MdEP.

Was wurde im Kern beschlossen?

Christel Fiebiger ■ *Erstens* als gemeinsame Verhandlungsposition der 15er Gemeinschaft gegenüber den zehn aktuellen Beitrittskandidaten, dass diese in das System der EU-Agrardirektbeihilfen einbezogen werden. Es soll mit einem Viertel des EU-Niveaus begonnen und 2013 die volle Höhe erreicht werden. *Zweitens* sollen von 2007 bis 2013 die EU-Agrarausgaben für Direktbeihilfen und Agrarmarktausgaben auf dem Niveau des Jahres 2006 unter Berücksichtigung einer jährlichen Inflationsrate von 1 Prozent stabilisiert werden. *Drittens* soll die „zweite Säule“ der GAP, das sind die Mittel für ländliche Entwicklung, ungedeckt bleiben.

Ist damit alles paletti?

Christel Fiebiger ■ Ich meine nein. Einmal weil die Neumitglieder der EU damit als Mitglieder „zweiter Klasse“ behandelt

werden. Das ist unerträglich. Die Polen, Tschechen, Ungarn etc. werden sich das nicht bieten lassen. Schon aus rein fiskalischen Gründen. Hierzu muss man wissen, dass die Direktbeihilfen, die im Jahre 2000 noch 60 Prozent der Agrarausgaben ausmachten, im Jahre 2006 (dem Basisjahr für den Zeitraum bis 2013) bereits 80 Prozent der Gesamtagrarausgaben ausmachen werden. Es geht also um nicht wenig Geld. Zum anderen bin ich skeptisch, ob es möglich sein wird, den EU-Haushalt für 25 Mitglieder auf dem Haushaltsniveau einer 15er Gemeinschaft festzuschreiben. Hinzu kommt, dass bei den Strukturfonds noch alles offen ist. Hierzu will die Kommission erst Mitte 2004 Vorschläge unterbreiten. Die Strukturfonds sind für mich der eigentliche Sprengstoff!

Positiv ist doch, dass die Mittel für die Ländliche Entwicklung ungedeckt bleiben ...

Christel Fiebiger ■ Vom Parlament wurde das wiederholt gefordert. Einfach weil die ausgeprägten ländlichen Regionen bei der fortschreitenden Agrarliberalisierung nur eine Chance haben, wenn das Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft (natürlich mit regional unterschiedlicher Intensität) dauerhaft realisiert werden kann. Das gilt gerade für benachteiligte Regionen, z. B. für Brandenburg.



Insoweit ist es richtig, dass die derzeitige Obergrenze für die „zweite Säule“ von 10 Prozent der EU-Agrarausgaben nicht mehr gelten soll. Zumal hieraus vor allem Maßnahmen für die Agrarumwelt und benachteiligte Gebiete kofinanziert werden. Zukünftig sollen betriebliche Maßnahmen des Tierschutzes, der Lebensmittelsicherheit usw. hinzu kommen. Zum Problem dürfte werden, dass dafür keine Aufstockung der Mittel, sondern die Kürzung der „ersten Säule“, d. h. der Direktbeihilfen und Marktordnungsausgaben vorgesehen ist. Das dürfte schief gehen, weil die notwendigen Reformen bei Milch und Milcherzeugnissen, bei Zucker und anderen Erzeugnissen zusätzlich Geld kosten werden. ■

EU-Agrarkommissar spielt falsch

Von Wolfgang Jahn

Bei seinem medienwirksamen Berliner Auftritt am 23. Juli 2002 hatte EU-Agrarkommissar Fischler kräftig die Werbetrommel für die „Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ der EU-Kommission gerührt. Im Zentrum stand sein Versuch, die beabsichtigte Einführung einer Obergrenze von 300.000 Euro EU-Direktbeihilfen je Agrarbetrieb zu rechtfertigen und deren negativen Auswirkungen zu verharmlosen. Fischler zielte dabei auf eine breite Zustimmung der Öffentlichkeit und die Entsolidarisierung der Landwirte nach dem Motto „Kleine gegen Große“. Dafür war ihm jedes Mittel recht, auch das Schüren von Neid und Missgunst.

So stellte er die Frage, ob es „sozial“ sei, „dass 80 Prozent der Gelder an 20 Prozent der großen Betriebe gehen“. Damit präsentierte er die Beihilfenkappung, von der viele Großbetriebe mit über 1.000 Hektar

betroffen sein würden, als eine Maßnahme gegen Ungerechtigkeit. Das brachte ihm außerhalb der Landwirtschaft viel Beifall ein. Doch schon ein Blick in die Statistik lässt seine Behauptung wie eine Seifenblase platzen.

Zum Beispiel gingen im Jahr 2001 von den 4,4 Milliarden Euro, die Deutschland aus dem EU-Haushalt an Flächenzahlungen und Tierprämien erhielt, ganze 36,7 Prozent an ostdeutsche Landwirte, obwohl doch fast alle der „Beihilfen-verschlingenden“ Großbetriebe im Osten liegen. Immerhin werden von Betrieben mit einer Größe von 1.000 und mehr Hektar im Osten 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftet; im Westen dagegen nur 0,25 Prozent. Allein dieser Vergleich entlarvt Fischlers Behauptung als demagogischen Populismus.

Die PDS-Europaabgeordnete Christel Fiebiger nahm diese Tatsache zum Anlass, Kommissar Fischler in Form einer schrift-



Sonnenblumenfeld in Brandenburg

lichen Anfrage nach den Quellen seiner falschen Behauptung zu fragen. Aus Fischlers Antwort vom 25.09.02 sind zwei Sätze besonders aufschlussreich. Der erste lautet: ►►

► „Wie die Frau Abgeordnete zu Recht bemerkt, ist die Aussage, dass die Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Fläche von 1.000 und mehr Hektar 80 Prozent der Direktzahlungen erhalten, nicht richtig.“

Fischler gibt also zu, falsch argumentiert zu haben. Ihn ficht das jedoch nicht an, da die Medien seine Falsch-Behauptung in die Öffentlichkeit transportiert haben, aber keine Zeitung und kein Sender die Korrektur der Falschaussage. Das zweite Fischler-Zitat besagt: „Die Kommission hat keine spezifischen Kriterien für die Definition des Begriffs Großbetrieb“.

Für ihn ist „Großbetrieb“ also nichts anderes als ein Kampfbegriff. Bereits zuvor hatte Fischler der „Süddeutschen Zeitung“ offenbart, dass er die „aus der kommunistischen Ära stammenden Strukturen“ ausmerzen will. Dabei ist die Zeit des „Kalten Krieges“ doch längst vorüber. Zugleich kündigte Fischler in seiner Antwort an, dem Parlament in Kürze detaillierte Informationen zur Verteilung der EU-Direktbeihilfen zukommen zu lassen. Das geschah Anfang Oktober.

Danach bezogen im Jahr 2000 Agrarbetriebe mit mehr als 300.000 Euro EU-Direktbeihilfen 947 Millionen Euro – das sind etwas über 4 Prozent aller Direktbeihilfen. Zur Erinnerung: Noch in Berlin behauptete Fischler wider besseren Wissens, 80 Prozent der Gelder gehen an 20 Prozent der großen Betriebe.

Am 7. November 2002 positionierte sich das Europäische Parlament zu dieser Frage. In seiner Entschließung zur Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik (B5-0563/2002) plädiert es unter Ziffer 15 „für eine progressive Verringerung der Beihilfen ab einem bestimmten Schwellenwert“. Unterm Strich ist das ein Kompromiss, zu denen Anträge deutscher Sozial- und Christdemokraten ihren Beitrag leisteten. Anstelle der Kappung bei 300.000 Euro je Betrieb wird die Degression der Beihilfen empfohlen – übrigens entgegen allen früheren, den ostdeutschen Landwirten gegebenen politischen Versprechungen. Sicher gibt es Ungerechtigkeiten, z. B. wenn ein Marktfruchtbetrieb mit wenigen Arbeitskräften mehr Beihilfen „kassiert“ als ein „runder“ Betrieb, der in sich Pflanzen- und Tierproduktion vereint und weit mehr Arbeitskräfte beschäftigt. Deshalb heißt mein Lösungsangebot: Weder eine betriebsbezogene Kappung oder Degression, sondern eine Beihilfekürzung bei Überschreiten von beispielsweise 50.000 Euro je Arbeitskraft. Das wäre ein sachgerechter Ansatz, der Betriebe belohnt, die mehr Arbeitsplätze als andere sichern. ■

Eine Bank auf

von **Helmuth Markov, MdEP,**
und **Anne Quart**

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) nahm ihre Geschäfte im März 1991 auf. Gut elf Jahre nach ihrer Gründung verfasst das Europäische Parlament nun zum ersten Mal einen Bericht, der die Arbeit der Bank rückblickend bewerten soll. Helmuth Markov ist der Berichterstatter für das Parlament.

Formulierte Zielvorgabe der Bank ist es, „den Übergang zur offenen Marktwirtschaft und privates und unternehmerisches Handeln in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der GUS zu fördern, die den Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet sind“ (Artikel 1 des Übereinkommens zur Errichtung der EBWE). Damit ist sie unter den internationalen Entwicklungsbanken die einzige, die mit einem politischen Mandat versehen wurde.

Grundsätzlich ist die Verknüpfung von Banktätigkeit mit einem politischen Mandat positiv zu bewerten, wenn man sich auch als linker Politiker eine andere Schwerpunktsetzung eben dieses Mandats wünschen würde, denn darin ist nicht von sozialer Marktwirtschaft, sondern von offener Marktwirtschaft die Rede. Wird ein solches Mandat überinterpretiert, läuft die Bank Gefahr, Staaten in eine vorprogrammierte Entwicklungsrichtung zu drängen, ohne ihnen die Chance der freien Entscheidung über die künftige Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Strukturen zu lassen.

Kernaufgabe der Bank ist es, privaten und öffentlichen Unternehmen sowie Kommunen, die die Neuorientierung und Umstrukturierungen nicht allein bewältigen können, Kapital bereitzustellen (z.B. durch günstige Kredite oder Beteiligungen), sie zu beraten und zu betreuen. Das Spektrum der Projekte, in denen sich das Engagement der Bank in diesem Sinne niederschlägt, ist groß. So war die Bank beispielsweise an der Privatisierung der rumänischen Energieversorgung ebenso beteiligt wie an der Modernisierung ostdeutscher Krankenhäuser, an der Sanierung des öffentlichen Personennahverkehrs von Gdansk und der Einrichtung moderner Molkereien in Russland.

Einen besonderen Schwerpunkt findet die Arbeit der Bank in der Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Im Gegensatz zu den meisten



Zentrale der EBWE in London

dem Prüfstand

Banken finanziert die EBWE konsequent KMU-Projekte. In zahlreichen Ländern Osteuropas und in Russland, wo kleine und mittelständische Unternehmen in der Wirtschaft traditionell eine untergeordnete Rolle spielen, hat die EBWE spezielle Banken zur Vergabe von günstigen Mikrokrediten eingerichtet.

Eine weitere Besonderheit der Bank besteht in der Verpflichtung zur Förderung von Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung, was sich wie ein roter Faden durch ihre Aktivitäten zieht. Alle unterstützten Projekte sind mit hohen Umweltauflagen verbunden. Darüber hinaus verwaltet die EBWE internationale Fonds zur Unterstützung von Reaktorstilllegungen, darunter für den Tschernobyl-Reaktor.

Zusammenfassend kann der EBWE in vielen Punkten eine gute Arbeit bescheinigt werden. Das haben nicht zuletzt zahlreiche Gespräche mit Projektpartnern der EBWE in Ost- und Mitteleuropa bestätigt. Dennoch sollte die Bank in ihrer Arbeit künftig soziale Belange stärker berücksichtigen. Bei der Projektbetreuung und -bewertung muss verstärkt die Frage eine Rolle spielen, ob Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden, ob regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten aufgebaut werden, wie sich die Lohn- und Einkommenssituation entwickelt, ob angebotene Dienstleistungen bezahlbar sind, ob die sozialen Sicherungssysteme funktionieren, und ob sich die Projektpartner dem sozialen Dialog verpflichtet fühlen. ■



Harmonisierung von Sozialvorschriften im Straßenverkehr kommt voran

Von **Helmuth Markov, MdEP**
und **Thomas Raeck**

Das Verfahren zur parlamentarischen Behandlung des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr verläuft schleppend, da es umfangreiche Gespräche und Konsultationen zwischen dem Berichterstatter, den Beteiligten des Sektors und den Verantwortlichen der Fraktionen des Europäischen Parlaments (im EP – Jargon: den „Schattenberichterstattern“) gibt. Ende Oktober kam es im zuständigen Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Tourismus zur Abstimmung des Vorschlags der Kommission und der über 200 Änderungsanträge. Bei diesem ersten Test zur Haltung des Parlaments wurden zahlreiche Veränderungen hineingestimmt.

Als Berichterstatter hatte Helmuth Markov eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht, die auf eine Vereinfachung der Regelungen durch eine Reduzierung der Anzahl der Ausnahmen und auf eine Verbesserung der bestehenden Regeln aus dem Jahr 1985 abzielen. Dabei wurden drei Prämissen zugrunde gelegt: Verbesserung der Sicherheit des Straßenverkehrs; Stärkung des sozialen Schutzes der Beschäftigten und Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen.

Ausgehend von diesen Zielstellungen wurde eine Begrenzung der wöchentlichen Lenkzeit (45 Stunden pro Woche statt 56), Verlängerung der Ruhezeit (12 Stunden täglich statt 11) und eine flexiblere Nutzung der Ruhezeiten (Möglichkeit der Aufsplittung) vorgeschlagen. An-

gesichts des großen Widerstands von Seiten liberaler und konservativer Abgeordneter, die im Ausschuss und Plenum über die Mehrheit verfügen, konnten jedoch nur begrenzt Verbesserungen der sozialen Bedingungen durchgesetzt werden. Allerdings muss angemerkt werden, dass es durchaus unterschiedliche Reaktionen auf diese Vorschläge selbst von Seiten der betroffenen Fahrer gegeben hat. Das betraf gerade diejenigen, die auf langen Strecken unterwegs sind und aus nachvollziehbaren Gründen ihre wöchentlichen Ruhezeiten möglichst zu Hause bei der Familie verbringen wollten. Sie hatten durchaus nichts einzuwenden gegen längere Fahr- und kürzere Ruhezeiten auf der Strecke.

Der Ausschuss lehnte eine Regelung zur flexiblen wöchentlichen Lenkzeit ab, ohne jedoch eine Verringerung der extrem hohen wöchentlichen Fahrzeit der Fahrer (56 Stunden) erreicht zu haben, obwohl als Begrenzung die maximale Lenkzeit innerhalb zweier aufeinanderfolgender Wochen 90 Stunden nicht überschreiten darf. Die tägliche Lenkzeit konnte jedoch auf maximal 9 Stunden begrenzt werden. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die maximale Lenkzeit eines Lokführers bei den wichtigsten Eisenbahngesellschaften in der EU zwischen 22 und 30 Stunden pro Woche beträgt. Das kann als Beispiel für die Tatsache angeführt werden, dass die Liberalisierung der Märkte zu einem entscheidenden Teil über die sozialen Bedingungen der Beschäftigten erfolgt. Der Erfolg des Straßenverkehrs gegenüber der Eisenbahn beruht wesentlich auf den großen Unterschieden in der Arbeitszeit der Fahrer von Lastkraftwagen und Eisenbahnen und bei den anderen sozialen Leistungen. Da die Eisenbahnen historisch als öffentliche Betriebe (militärische und Sicherheitserwägungen) entwickelt wurden, sind die sozialen Leistungen und die Löhne und Gehälter staatlich garantiert.

Auf der Habenseite der Abstimmung ist zu verbuchen, dass der Geltungsbereich der Verordnung klarer definiert und auf alle Fahrzeuge, die auf den Straßen der EU unterwegs sind, ausgedehnt wurde. Damit werden die Regeln für alle Fahrer und Fahrzeuge sowohl aus den EU – Ländern als auch von außerhalb einheitlich gestaltet. Die Regelung einer „flexiblen“ Woche wurde zugunsten einer fest fixierten Wo-

che von Montag 00.00 Uhr bis Sonntag 24.00 Uhr geändert, um einen festeren Bezugspunkt für die Berechnung der Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten und entsprechende Kontrollmöglichkeiten zu haben. Die Anzahl der Stunden der täglichen Ruhezeit wurde von 11 auf 12 erhöht und kann dabei in zwei Abschnitte von je 9 und 3 Stunden aufgeteilt werden. Diese flexible Handhabung kommt den Interessen von Fahrern und Transportunternehmen entgegen.

Die Anerkennung der besonderen Verpflichtung der Dienste allgemeinen Interesses zur Gewährleistung permanenter Leistungen für den Bürger hat dazu geführt, dass die Postdienste bei der Erfüllung ihres Universaldienstes von den Regelungen der Verordnung ausgenommen werden sollen. Mit der Einschränkung auf den Universaldienst wird ausdrücklich beabsichtigt, dass anderweitige Aktivitäten, wie etwa ein der Deutschen Post unterstehender Speditionsdienst, der außerhalb dieses beschränkten Bereichs auf dem Frachtmarkt tätig ist, in den Geltungsbereich fallen.

Angesichts der großen Unfallhäufigkeit von Vans ist es auch als Erfolg anzusehen, dass alle Express- und Kurierdienste, die vorzugsweise diesen Autotyp nutzen, unter die Verordnung fallen sollen. Generell verdoppelt werden soll die Anzahl der von den nationalen Behörden durchzuführenden Kontrollen und einheitlich in allen EU-Ländern mindestens 2 Prozent betragen. Bedauerlicherweise einigt man sich häufig in der Gesetzgebung der EU bei Regelungen mit Grenzwerten auf einen Durchschnittswert, der das höchste Kontrollniveau von einzelnen Mitgliedsstaaten außer Acht lässt, sonst hätte man die 4 Prozent – Marke anvisieren müssen.

Da von Seiten der Kommission immer angeführt wurde, dass die alte Verordnung EG 85/20 an die bevorstehende Einführung des digitalen Tachographen angepasst werden müsse, kamen auch solche Regelungen bei der Abstimmung „durch“, wie Pflicht zur Registrierung und Aufbewahrung der Angaben zu den Arbeits- und Lenkzeiten der Beschäftigten durch die Unternehmen während eines Jahres.

Angesichts andauernder Diskussionen um einzelne Detailfragen darf man auf die erste Lesung im Plenum im Januar 2003 gespannt sein. ■

**Vorgestellt:
Kommunistische
Partei
Portugals**

Die Kommunistische Partei Portugals wurde im Jahr 1921 gegründet; beeinflusst von der Oktoberrevolution in Russland, war sie Ausdruck und Ergebnis des Kampfes der portugiesischen Arbeiterklasse. Obwohl fast 50 Jahre in die Illegalität gezwungen, spielte die Partei in den politischen Kämpfen und in den großen Streikaktionen 1943/44 eine wichtige Rolle. Ansehen erwarb sich die PCP auch dadurch, dass die Leitung der Partei immer im Land blieb; auch die Zeitschrift „Avante“ ist stets in Portugal gedruckt worden.

Nach vielen Jahren entbehrungsreichen Kampfes, der wesentlich zum Sturz des Salazar-Regimes beitrug, beteiligte sich die PCP an den ersten Regierungen nach der April-Revolution von 1974. Ihr Ziel war es, eine breite Bewegung der Volksmassen zur Konkretisierung und Stabilisierung der demokratischen Errungenschaften zu initiieren. Revolutionäre Veränderungen, wie das Ende des Kolonialkrieges und die Entkolonialisierung, die Etablierung lokaler demokratischer Verwaltungen, die Durchsetzung von Verstaatlichungen, die Landreform, ein nationaler, kostenloser und allgemeiner Gesundheitsdienst, Demokratisierung des Zugangs zum Schulwesens, friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern – das sind Errungenschaften, die nicht zuletzt dank des Wirkens der Partei 1976 in das Grundgesetz der Portugiesischen Republik aufgenommen wurden.

Auch als Oppositionspartei führte und führt die PCP ihren Kampf zur Verteidigung der Interessen der portugiesischen Arbeiter weiter – parlamentarisch und außerparlamentarisch. Bei den Wahlen im März 2002 erhielt die PCP 7 % der Stimmen und zog mit 12 Abgeordneten in das Parlament ein. Die PCP stellt 27 Bürgermeister, zwei Abgeordnete vertreten sie im Europäischen Parlament. An der Vorbereitung des 16. Parteitag im Dezember 2002 beteiligen sich die 100 000 Parteimitglieder aktiv.

Die politische Situation in Portugal

In den letzten Jahren hat sich in Folge der Regierungspolitik der Sozialistischen Partei ein deutlicher Rechtsruck vollzogen, der sich durch die Beteiligung sehr weit

rechts stehender Parteien an der Regierung noch verschärft hat. Ausdruck der neuen Offensive gegen die Rechte und Errungenschaften der Werktätigen sind Gesetzesvorschläge zur Revidierung des Arbeitsgesetzes. Die Regierung, unterstützt vom Großkapital, greift wichtige Errungenschaften der Arbeiter an, u. a. auf dem Gebiet des kollektiven Arbeitsvertrags, der Arbeitszeiten, des Rechts auf dauerhafte Beschäftigung, des Schutzes gegen Entlassungen, der Rechte der ArbeiterInnen. Zur gleichen Zeit wurden Maßnahmen zur Privatisierung der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens getroffen. Durch die forcierte Privatisierung staatlicher Unternehmen und strategischer Infrastruktureinrichtungen werden Möglichkeiten für eine Kontrolle über diese Sektoren durch ausländisches Kapital geöffnet. Dies gefährdet die fundamentalen Grundlagen der portugiesischen Wirtschaft und somit auch die nationale Unabhängigkeit und Souveränität. Die Regierung nutzt den Stabilitätspakt der Europäischen Union für eine Politik der Kürzungen in der Sozialpolitik und bei öffentlichen Ausgaben, zum Schaden der lohnabhängig Beschäftigten und der am meisten benachteiligten Schichten der Bevölkerung.

Während die Steuerlast der Arbeiter steigt, werden dem Kapital zugleich Steuervorteile eingeräumt.

In diesem Kontext sieht die PCP ihre Priorität in der Mobilisierung eines Widerstandes gegen diese neue Offensive der Rechten durch die Organisation von Protestaktionen der Arbeiter und anderer Schichten der Bevölkerung gegen die reaktionäre Arbeitsgesetzgebung, gegen die Unterwerfung unter die Kriterien des Stabilitätspaktes. Mit Streiks und anderen Massenaktionen wird der Forderung nach dem Erhalt einer allgemeinen und öffentlichen Sozialversicherung und für eine gerechte Verteilung des nationalen Reichtums Nachdruck verliehen.

Zugleich hat die PCP ein breit gefächertes Programm zur Stärkung der Partei ausgearbeitet, dessen Schwerpunkte die Fes-

tigung des Bündnisses mit der Arbeiterschaft, Perspektiven für die Jugend und konkrete Vorschläge zur Lösung der Probleme der Bevölkerung und des Landes sind; konkret geht es um eine linke Alternative in Portugal. Außenpolitisch hat die Friedenssicherung auf der Grundlage des Respekts des Völkerrechts für die Partei höchste Priorität. Die PCP sieht in der von den USA bewusst und gezielt vorangetriebenen Gewaltandrohung und dem aggressiven Einsatz von Gewalt zur Festigung der globalen amerikanischen Dominanz eine eklatante Missachtung internationalen Rechtes.

Über die Europäische Union

Die PCP sieht als wichtigstes und zentrales Thema ihrer Aktivitäten im Europäischen Parlament die Verteidigung der Interessen der Arbeiter des Landes im Rahmen ihres Kampfes für ein Europa des Fortschritts, des Friedens und der Kooperation. Entschieden widersetzt sich die PCP der Militarisierung der EU und der immer deutlicher werdenden neoliberalen

Tendenz, die sich an den Interessen der großen Mächte innerhalb der Union orientiert. Als eines der am meisten benach-

teiligten Länder ist Portugal Leidtragender dieser neoliberalen Strategie. Für die PCP bedeutet der von der EU gesteuerte Kurs eine Zunahme der Gefahren für die Unabhängigkeit und Souveränität von Portugal, was sich in härteren Auflagen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und größeren Lasten in der Verteidigungspolitik und verschärften Vorschriften auf dem Gebiet der inneren Sicherheit niederschlägt. Die PCP wird den Kampf weiter führen: zur Verteidigung der nationalen Interessen gegen neoliberale Politik, für eine nachhaltige Entwicklung Portugals, für mehr Arbeitsplätze, mehr Rechte und mehr Lebensqualität, für ein Europa der Kooperation zwischen gleichen und souveränen Staaten, für eine solidarische, friedliche Welt.

Übersetzung: Kerstin Eekmann



Die Europaabgeordneten der Kommunistischen Partei Portugals

Ilda Figueiredo ■ Wirtschaftswissenschaftlerin, Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Beraterin bei der Textilgewerkschaft Porto, Mitglied des Zentralkomitees der PCP

Joaquim Miranda ■ Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit, Gemeindeabgeordneter im Vorstand von Portalegre, Mitglied des Zentralkomitees der PCP

kurz & bündig

Wahlen in der Türkei

Von Feleknas Uca, MdEP

Am 3. November haben in der Türkei die vorgezogenen Wahlen stattgefunden. Vor der Wahl gab es erneut Diskussionen um ein Verbot der HADEP. Deshalb, aber auch wegen der in der Türkei geltenden 10-Prozent-Hürde, hatte sich die HADEP mit weiteren Parteien zu einem Wahlbündnis zusammen geschlossen, und ist unter dem Namen DEHAP (Demokratische Volkspartei) zur Wahl angetreten. Das Wahlbündnis hat sich zusammengeschlossen aus HADEP (Demokratische Partei des Volkes), SDP (Sozialistische Demokratische Partei) und EMEP (Partei der Werkätigkeit). Die DEHAP hat ein demokratisches, sozialistisches Programm, und orientiert auf die Demokratisierung des Landes, auf Menschenrechte, Frieden und ein Zusammenleben aller Menschen – egal welcher Nationalität sie angehören. Die Partei versteht sich auch als Vertreter der Arbeiterbewegung und steht für eine Generalamnestie aller politischen Gefangenen.

Ich habe an mehreren Kundgebungen der DEHAP teilgenommen und gesehen, dass diese Partei viel Zustimmung von der Bevölkerung erhalten hat. Mehr als 500.000 Menschen waren es in Istanbul, mehr als 700.000 in Diyarbakir, in Urfa waren mehr als 60.000, in Batman mehr als 80.000 Menschen.

Viele der Kandidaten der DEHAP wurden zur Wahl nicht zugelassen z.B. Akin Birdal, der sich jahrelang für die Menschenrechte eingesetzt hat und der Vorsitzende der HADEP, Murat Bozlak. Auch während des Wahlkampfes wurde die HADEP stark behindert. Sie hatte weder Zugang zu Medien, noch wurde sie in den Medien angemessen als Wahlpartei erwähnt. Die 10% Hürde ist ursprünglich eingeführt worden, um zu verhindern, dass kurdische Parteien im Parlament vertreten sind. In diesem Jahr scheiterten aber auch andere. Keine der Regierungsparteien und der Parteien, die vorher im Parlament vertreten waren, ist wieder gewählt worden. Der bisherige Premier Ecevit erhielt nur 1,2%. Gewonnen haben die AKP (Partei für Entwicklung und Gerechtigkeit), eine Partei mit islamischen Wurzeln mit 34,1% der Stimmen und die CHP (Republikanische Volkspartei) mit 19,3%. Für die DEHAP votierten 260.000 Wähler, das macht 6,1 %. Festzustellen bleibt, dass nach dieser Wahl 46% der Wähler im Parlament nicht vertreten sind.

Tausende von gemeldeten Wählern in den kurdischen Provinzen hatten bis zum Wahltag trotz Protesten bei den zuständigen Behörden keine Wahlunterlagen erhalten. Allein in der Provinz von Diyarbakir sollen so mehr als 150.000 Menschen von der Wahl ausgeschlossen worden seien. Die Armee hat Tage vor der Wahl die Dorfbewohner aufgesucht und der Bevölkerung gedroht, sie solle die MHP (Nationalistische Bewegungspartei) wählen, denn es dürfen keine Stimmen an die DEHAP gehen. Am Wahltag waren überall an den Dorfschulen, wo man eigentlich frei wählen kann, schwer bewaffnete Soldaten und teils auch Panzer zu sehen. In manchen Ortschaften zwangen Soldaten und die Dorfschützer innerhalb der Wahllokale die Wähler zur offenen Stimmabgabe. Selbst die Vertreter der DEHAP wurden an dem allen Parteien gesetzlich garantierten Recht, bei der Auszählung der Stimmen als Beobachter (Muhahit) dabei zu sein, gehindert.

Ich selbst war mit drei weiteren Europaabgeordneten vor Ort. Wir haben immer wieder die Soldaten darauf aufmerksam gemacht, dass sie nichts in den Schulen zu suchen haben. Wir haben Kontakt zu Dorfbewohnern aufgenommen und ihnen Mut zugesprochen, wählen zu gehen. Viele der Dorfbewohner haben angesichts des Drucks der Militärs erklärt, dass sie ihre Stimmzettel verbrennen werden.

Bleibt die Frage, ob die Türkei jetzt entsprechend der Kriterien von Kopenhagen bereit für die EU-Mitgliedschaft ist. Ich kann nur sagen, dass sich die demokratischen Verhältnisse in der Türkei noch nicht deutlich verändert haben. ■

Neuer Service der PDS-Abgeordneten

Seit einigen Wochen bietet die PDS-Gruppe im Europäischen Parlament auf ihrer Homepage www.pds-europa.de einen sehr interessanten Service an. Jede und jeder kann dort oder direkt unter www.pds-europaservice.de alle wichtigen Informationen zu den europäischen Förderprogrammen abrufen. Neben wichtigen Adressen und Tipps sind die europäischen Förderprogramme detailliert abrufbar. Und als kleinen – aber nicht unwichtigen – Nebeneffekt kann man sich über die Arbeit der PDS-Abgeordneten im Europäischen Parlament informieren. ■

I M P R E S S U M

Europäisches Parlament



Herausgegeben von der PDS-Delegation in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz
ASP 09 G 206
B-1047 Brüssel
Belgien
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann
Redaktionsschluss: 6. Dezember 2002

Satz & Gestaltung: Michael Pickardt
Druck: Druckhaus Schöneweide
Auflage: 8.000

EU-Osterweiterung: Reinen Wein einschenken

Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in Polen wertete der PDS-Europaabgeordnete Hans Modrow als Indiz für zunehmende Vorbehalte gegen den EU-Beitritt in Mittel- und Osteuropa. Anstatt sich nach dem Finanzkompromiss der Ratstagung in Brüssel und dem Votum in Irland darauf zu verlassen, dass die „größten Hürden genommen sind“, müsse man den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken, so Modrow.

Die Tatsache, dass die Zustimmung in Polen zu einem EU-Beitritt nur noch knapp über 50 Prozent liegt, solle ernst genommen werden. Alle, die sich für die Erweiterung der EU auf demokratische Weise aussprechen, sind aufgefordert, diese Union den Menschen so nahe zu bringen, dass sie im Alltag der Bürgerinnen und Bürger durchschaubar und erlebbar wird. ■

Die Redaktion von europarot wünscht allen Leserinnen und Lesern ein erholsames Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr.